

## Kirchen in Bewegung – eine Einführung

Kirchen sind in der großen Breite ihrer amtskirchlichen wie gesellschaftlichen Organisationsformen bedeutende Akteure in der Zivilgesellschaft, auch wenn das damit verbundene Selbstverständnis keineswegs überall in den Kirchen hinreichend ausgeprägt ist. Doch die zu beobachtenden Entwicklungen sind deutlich und hoch dynamisch. Sie werden von aktuellen Kontroversen und Konflikten, von gesellschaftlichen wie politischen Entwicklungen, aber auch von herausragenden Akteuren in den Institutionen und ihren Organisationsformen vorangetrieben.

Das Forschungsjournal greift mit dem vorliegenden Themenheft die Entwicklung in den beiden großen christlichen Kirchen auf. Es setzt damit die Analysen fort, die in den 1990er Jahren zu einem umfangreichen Themenheft zu den Kirchen und einige Jahre später zu einem Themenheft über die Rolle der Religion für soziale Bewegungen geführt hatten (Heft 3-4/ 1993 „Die herausgeforderten Kirchen - Religiosität in Bewegung“ und Heft 4/ 2002 „Does Religion Matter? - Zum Verhältnis von Religion und Sozialer Bewegung“). Die Einladung zur Mitwirkung an diesem Themenheft traf in Praxis und Wissenschaft auf große Resonanz. Das so zustande gekommene Heft ermöglicht einen dichten und aktuellen Einblick in die Konfliktlagen und in die Erfahrungswelten beider Kirchen und insbesondere auch ihrer Wohlfahrtsverbände in einer Vielfalt von Perspektiven. Besonders interessiert hat uns hierbei die Frage, welches Verständnis sozialer Gerechtigkeit dem sozialen Engagement religiöser Akteure zu Grunde gelegt wird. Die Beiträge erläutern, wie kirchliches und religiöses soziales Engagement helfen, strukturelle Asymmetrien in unserer Gesellschaft abzubauen, und deuten auch den einen oder anderen Verbesserungsbedarf an. Während aktuell für die katholische Kirche die von

Papst Franziskus gegebenen Impulse vor dem Hintergrund vorangegangener Skandale (sexueller Missbrauch, die Amtsführung des Limburger Bischofs) und Konflikte (Rolle der Frau, Umgang mit Geschiedenen, Bewertung der Homosexualität, Gleichstellung als Problem in Tendenzbetrieben) für eine hohe Dynamik sorgen, bietet die Lutherdekade und das Reformationsjubiläum vor dem Hintergrund tiefgreifender Strukturformen für die evangelische Kirche Anlass zur Reflektion ihres Verhältnisses zur Zivilgesellschaft. Das Titelbild unserer Grafikerin *Nina Faber* bringt diese Bezüge in personalisierter Weise zum Ausdruck, deren hintergründige Komplexität das vorliegende Themenheft aufhellen möchte.

Die aktuelle Analyse des Politikwissenschaftlers *Thomas Meyer* gilt den Bezügen von Religion und Demokratie: Der Beitrag, den Religionen zur Legitimation und Stabilität demokratischer Rechtsstaaten leisten können, hängt, so Meyer, entscheidend davon ab, „ob die Religion ihrerseits politisch erfolgreich zivilisiert worden und vor allem vom Bürgergeist moderner Zivilgesellschaften durchdrungen ist. Historisch hat sich beides, die Zivilisierung der Religion und die Ausprägung der Demokratie, in einem konfliktreichen Wechselverhältnis ergeben. Dort, wo dies nachhaltig geschehen ist, wie in den meisten modernen Demokratien, können Religionen mit der Zeit zu zentralen Säulen von Zivilgesellschaft und demokratischem Staat werden.“

Der Soziologe und Theologe *Karl Gabriel* führt mit seiner kirchensoziologischen Analyse in den Themenschwerpunkt ein. Religion und Kirchen rücken als öffentliche Akteure neu ins Blickfeld. Dabei kommt der zivilgesellschaftlichen Rolle der Kirchen eine zentrale Rolle zu, die sich in der Bereitstellung eines gewichtigen Teils der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur und in der Bedeutung des religiös motivierten Engagements in Deutschland manifestiert.

*Rupert Graf Strachwitz*, Direktor des Berliner Maecenata-Instituts und Zivilgesell-

schaftsexperte, skizziert den Weg der Kirchen zu einem neuen Selbstverständnis als Akteure der Zivilgesellschaft, das sich von der engen Bindung an den Staat zunehmend löst. Die Kirchen können ihre Möglichkeiten sozialen Handelns besser nutzen, wenn sie sich auf ihren Beitrag zur Zivilgesellschaft konzentrieren, anstatt ihre politische Macht ins Gewicht zu legen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der transnationalen und transkulturellen Rolle der christlichen Religion zu.

*Olaf Zimmermann*, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, erläutert die Chance zur Reflektion des Verhältnisses von Kirche und Zivilgesellschaft, das die von der Evangelische Kirche 2008 ausgerufene Reformationsdekade bietet: In Themenjahren wie Reformation und Bekenntnis (2009), Reformation und Bildung (2010), Reformation und Freiheit (2011), Reformation und Musik (2012), Reformation und Toleranz (2013), Reformation und Politik (2014), Reformation Bild und Bibel (2015) sowie Reformation und die Eine Welt (2016) wird jeweils ein Thema in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit der Reformation gesetzt. Bisher, so bemängelt Zimmermann, findet das Erinnern an das Einläuten der Aufklärung, die Reflektion der Bedeutung von Religion in der säkularen Welt und die Auseinandersetzung mit anderen Glaubensrichtungen zu wenig gesellschaftlichen Widerhall und auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen halten sich bemerkenswert zurück.

Nach diesen einleitenden religions- und kirchensoziologischen wie auch zivilgesellschaftspolitischen Reflektionen werden zunächst die Reformdiskussionen in der katholischen Kirche vorgestellt. Den Anfang macht *Karin Kortmann*. Die Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken skizziert die aktuellen Reformperspektiven des ZdK. *Christian Weisner*, Sprecher der katholischen Reformbewegung *Wir sind Kirche*, beschreibt einen „Epochenwechsel“ in der römisch-katholischen Kirche und gibt einen Überblick über die dabei im Zentrum stehenden Themen. Folgt die römisch-katholische Kirche mit Papst

Franziskus nach 50 Jahren, so fragt sich Weisner, endlich dem Kurs des II. Vatikanischen Reformkonzils?

Die Stellung der Frauen in der katholischen Kirche gehört zu den zentralen Themen des Reformdiskurses, aber auch zu den Themen, bei denen Papst Franziskus nicht zu den Treibern gehört. Die Kirchenrechtlerin *Sabine Demel* analysiert den aktuellen Diskussionsstand. Auch wenn das traditionelle Frauenbild als Ehefrau und Mutter von einem Verständnis der Gleichwertigkeit der Frauen mit den Männern und vom partnerschaftlichen Zusammenwirken beider Geschlechter in der katholischen Kirche abgelöst wird, halten sich die praktischen Auswirkungen bislang in Grenzen. Warum können Frauen nach wie vor nicht die Diakoninnen- und Priesterinnenweihe empfangen? Wie wird das theologisch und rechtlich begründet? Welche Möglichkeiten und Rechte haben Frauen in der Kirche? Und wie werden diese umgesetzt?

Mit gleich zwei Beiträgen wird die Reformdebatte, die durch den Fall des mittlerweile abgelösten Limburger Bischofs Tebartz-van Elst ausgelöst wurde, aufgegriffen. *Thomas Wagner* von der katholischen Friedensbewegung *Pax Christi* stellt den Konflikt dar und interpretiert ihn als Ausdruck einer Krise des Konzepts einer „monarchischen Kirche“ und der „Klerikerkirche“. Die Limburger Bischofsaffäre „ist die Schuld- und Schamgeschichte einer einzelnen Person, an der vielfältige systemische Dimensionen der Machtzentrierung in der römisch-katholischen Kirche und der hier zu bedenkenden Demokratiefrage diskutiert werden“. *Thomas Schüller*, Direktor des Instituts für kanonisches Recht der Theologischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, diskutiert die Causa Tebartz-van Elst mit Blick auf deren strukturelle Langzeitfolgen für die katholische Kirche in Deutschland. Die Kritik an Würdenträgern der katholischen Kirche und der Vergleich ihrer Worte und Taten hat sich seither in den Medien und der breiten Öffentlichkeit etabliert.

Bei den folgenden Beiträgen stehen die Frage der sozialen Gerechtigkeit und die



daran anschließenden Diskussionen um Selbstverständnis und Praxis von Caritas und Diakonie im Vordergrund. *Thomas Mittmann*, Mitarbeiter am Käte Hamburger Kolleg „Dynamiken der Religionsgeschichte zwischen Asien und Europa“ der Ruhr-Universität Bochum, analysiert in seinem Beitrag den historischen Wandel des kirchlichen Verständnisses von „sozialer Gerechtigkeit“ seit Mitte des letzten Jahrhunderts am Beispiel der Katholikentage und der Evangelischen Kirchentage.

*Peter Neher*, Präsident der Caritas, diskutiert die Herausforderungen an die wertgebundene Arbeit der Caritas. Die Erzählung vom Barmherzigen Samariter (Lk 10,25-37) steht für den Grundwert der Caritas als die unbedingte Bereitschaft, sich von der Not und dem Leiden der Menschen berühren zu lassen und die notwendige Hilfe kompetent zu leisten. Danach werden auf der Basis der Enzyklika „*Deus Caritas est*“ drei zentrale Aufträge (fachlich kompetente Hilfe, Hilfe mit Herz und das Umsonst der Liebe bzw. der bedürftige Mensch im Mittelpunkt) an eine wertgebundene Arbeit der Caritas formuliert. Hinsichtlich dieser Aufträge werden ausgewählte und aktuelle Caritas-Anforderungen (Fachkräftemangel, plurale Glaubens- und Lebenswelt sowie Helfen im Sozialstaat und -markt) erörtert.

*Cornelia Coenen-Marx*, bis März 2015 Referatsleiterin für Sozial- und Gesellschaftspolitik im Kirchenamt der EKD, beschreibt die Arbeit der Diakonie, die nicht nur von zahlreichen Hauptamtlichen, sondern wesentlich auch von freiwilligem Engagement getragen wird, als eine enge und profilierte Bündnispartnerschaft mit der Zivilgesellschaft. Dabei stehen die Kirchen vor einem Paradigmenwechsel im Umgang mit Beruflichkeit und Freiwilligem Engagement, der nicht zuletzt durch schrumpfende Mitgliederzahlen und Ressourcen ausgelöst wurde. Es geht darum, die Organisationsstrukturen, die in den Jahrzehnten des Wohlfahrtsstaats auf eine große Zahl von „Hauptamtlichen“ ausgelegt waren, so umzubauen, dass das kirchliche „Ehrenamt“ wieder in den Mittelpunkt rückt und die Kirchen als profilierter Teil der Zivilge-

sellschaft wahrgenommen werden. Dabei lässt sich auf vielfältige historische Erfahrungen und auch auf theologische Visionen zurückgreifen, die die Sensibilität und Energie der „Laien“ im Blick haben und die Gemeinschaft der Dienste gegenüber einer Hierarchie der Ämter betonen. Der anstehende Transformationsprozess kann gelingen, wenn der vielfältigen Engagement bereits bei der Neugestaltung so viel Raum gegeben wird wie jenen Managementüberlegungen, die an Finanzen und Strukturen orientiert sind.

*Rainer Hub*, Mitarbeiter bei der Diakonie Deutschland, präsentiert in seinem Beitrag Überlegungen zu einer Sozial- und Gesellschaftspolitik, die sich auch zukünftig den (christlichen) Werten „Barmherzigkeit“ und „Gerechtigkeit“ verschreiben kann. Eine solche Sozial- und Gesellschaftspolitik braucht nach wie vor differenzierte und rechtsbelastbare Antworten. Um nachhaltige Lösungen zu erzielen, die sich nicht nur an Verteilungsgerechtigkeit orientieren, ist der Sozialstaat entsprechend weiterzuentwickeln. Eine zukunftsfähige Sozialpolitik, die noch konsequenter auf die kommunale Ebene gehört, muss auf einen starken Sozialstaat mit einer lebendigen Zivilgesellschaft bauen. So wie es einer radikal erneuerten Energiewende bedarf, benötigt unsere Gesellschaft eine „Sozialwende“ mit erneuerter „Sozialarchitektur“.

*Aleksandra Lewicki*, Mitarbeiterin am Centre for the Study of Ethnicity and Citizenship der Universität Bristol und Mitglied der Redaktion des Forschungsjournals, befasst sich in ihrem Beitrag mit dem nicht spannungsfreien Verhältnis der Kirchen und ihrer Wohlfahrtsverbände zur Gleichstellung von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen. Während Prinzipien wie Familienfreundlichkeit und Geschlechtergerechtigkeit sich zunehmend im Bewusstsein kirchlicher Arbeitgeber durchgesetzt haben (siehe auch den Beitrag von Peter Neher), ist der soziale Sendungsauftrag, der kirchlichen Dienstverhältnissen zugrunde liegt, in Bezug auf die gewachsene gesellschaftliche Vielfalt Deutschlands noch auf einem Auge blind.

Lewicki diskutiert diese Problematik anhand der in Europa einmaligen Rechtslage die sich aus der Entstehung des Deutschen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ergeben hat. Das AGG, dessen Grundintention der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung ist, wurde paradoxerweise so umfassend von kirchlicher Einflussnahme geprägt, dass es nun ausdrücklich das Recht der religiösen Mehrheit schützt, in Dienstverhältnissen etwa aufgrund der religiösen oder sexuellen Ausrichtung zu diskriminieren. Der Beitrag schließt mit einem Blick auf die kircheninterne Problematisierung dieser Asymmetrie und skizziert erste Schritte zu einem inklusiveren Verständnis kirchlicher Dienstgemeinschaften. Den Abschluss des Themenschwerpunkts bildet ein Beitrag von *Johann-Albrecht Haupt*, *Humanistische Union*, zur Geschichte und aktuellen Debatte über die Kirchensteuer. Trotz schwindender Christlichkeit der Gesellschaft ist mit einer Änderung bei der Kirchensteuer zu Lasten der materiellen Basis der Kirchen schwerlich zu rechnen. Die wachsende Zahl der einer Religionsgemeinschaft nicht angehörenden Bürgerinnen und Bürger (derzeit bereits ein Drittel der Bevölkerung) hat an dieser Frage kaum ein Interesse: Sie zahlen ja nicht direkt. Die Parteien (bis hin zur Linken) sehen ausweislich ihrer Programme keinen Handlungsbedarf. Es wird interessant sein zu beobachten, ob auch die Muslime, wenn sie einst für den Islam (oder einige islamische Denominationen) die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts erstritten haben, das „Kirchen“steuersystem rezipieren wollen.

In einem *Sonderschwerpunkt* präsentiert das Forschungsjournal die Ergebnisse des 9. „Forum Bürgergesellschaft“, das traditionell jährlich durchgeführt und seit einigen Jahren in dieser Zeitschrift dokumentiert wird. Thema ist der „Eigensinn des Engagements“. *Nina Leseberg* und *Ana-Maria Stuth*, beide Mitglieder des Vorstands der Stiftung „Bürger für Bürger“, die das Forum ausrichtet, und *Tobias*

*Quednau*, Redakteur des Forschungsjournal, geben einen einleitenden Überblick zur Debatte über das „eigensinnige“ Engagement. *Ansgar Klein*, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Mitherausgeber des Forschungsjournal, rekapituliert den Hintergrund der Begriffsbildung von „bürgerschaftlichem Engagement“, die sowohl den Eigensinn des Engagements als auch enge Bezüge zur Partizipation beinhaltet. *Ralf Kleindiek*, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), erläutert die engagementpolitische Agenda des BMFSFJ als Unterstützung eigensinnigen Engagements. *Manfred Bauer*, Staatskanzlei Brandenburg, skizziert in knapper Form die Synergien von Zivilgesellschaft und Staat, die durch gute Engagementpolitik entstehen können. *Uwe Amrhein*, Generali Zukunftsfonds, macht die Herausforderungen des demografischen Wandels für die Engagementpolitik deutlich. *Andreas Rickert*, Phineo, unterstreicht die Bedeutung einer guten Wirkungsforschung für die Engagementpolitik.

In unseren Rubriken nehmen die Rezensionen von *Matthias Freise* (Lobbyisten mit Kreuzifix? Die Rolle der Kirchen in der gesellschaftlichen Meinungsbildung) und *Annette Ohme-Reinicke* (Die Grünen: Produkt religiösen Aufbegehrens?) Bezug auf den Themenschwerpunkt.

In unserer Online-Rubrik mit Originalbeiträgen, die den Print ergänzen, finden sich die Beiträge von *Christian Pfeiffer* zur dynamischen Entwicklung der jungen spanischen Partei Podemos, die durch die Wahlergebnisse in Griechenland noch einmal zugelegt hat, und von *Marco Vedder* und *Joachim Lammert* zu Corporate Social Responsibility im vereinsgeführten Fußball.

*Ansgar Klein* (Berlin); *Thomas Leif* (Wiesbaden); *Aleksandra Lewicki* (Bristol)